



(Foto: Prof. Dr. Joachim Krause)

Nach dem Interview von SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich im Tagespiegel vom 3. Mai dieses Jahres ist deutlich geworden, dass es in der deutschen Politik wieder ein Kernwaffenthema gibt. Mützenich will, dass Deutschland aus der nuklearen Teilhabe der NATO aussteigt und er begründet dies mit angeblich einschneidenden und gefährlichen Veränderungen in der amerikanischen Nuklearstrategie sowie damit, dass die nukleare Teilhabe ein Relikt aus dem Kalten Krieg und militärisch ohnehin obsolet sei. In einem Artikel im IPG-Journal vom 7. Mai 2020 hatte er seine Punkte in etwas milderer Form präzisiert, aber die Tendenz bleibt dieselbe. Seine Äußerungen sollten Anlass sein, über die neue nukleare Problematik gründlicher nachzudenken.

Prof. Dr. Joachim Krause ist Direktor des Instituts für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel und einer der führenden europäischen Experten für Nuklearwaffen und Rüstungskontrolle. Neben vielen anderen Funktionen ist er auch Mitglied des Kuratoriums der GSP.

Die neue nukleare Frage – eine Antwort auf Rolf Mützenich

In diesem Zusammenhang macht es Sinn, sich einige der Behauptungen Mützenichs genau anzuschauen und zu prüfen, ob sie der Realität entsprechen oder nicht. An erster Stelle steht die Behauptung Mützenichs, wonach die US-Regierung ihre Nuklearstrategie so „einschneidend verändert“ habe, „dass ein Einsatz dieser Waffen hier in Europa wieder viel wahrscheinlicher geworden ist.“ Mützenich behauptet, Trumps Regierung habe verkündet, „dass Atomwaffen nicht mehr nur der Abschreckung dienen, sondern Waffen sind, mit denen man Kriege führen kann.“ Laut Mützenich würden

wir angeblich seit George W. Bush „eine Neuausrichtung von Nuklearwaffen als Mittel zur Kriegsführung“ erleben. In diesem Zusammenhang kritisiert er, dass Trumps Regierung „die in Deutschland lagernden Atomwaffen durch modernisierte, zielgenauere atomare Lenkwaffen“ ersetzen will. „Das Eskalationsrisiko,“ so Mützenich, werde damit „unüberschaubar.“

Veränderung der US-Nuklearstrategie?

Die Behauptung, wonach es eine *einschneidende Veränderung der amerikanischen Nuklearstrategie* gegeben habe, wird in der seriösen Fachliteratur nicht unterstützt. Auch Autoren, die sich kritisch mit der *Nuclear Posture Review* der Trump-Administration (NPR) auseinandersetzen, gingen in der Regel nicht so weit wie

***GSP-Einblick** erscheint unregelmäßig mit Interviews, Standpunkten oder Essays von herausragenden Expertinnen und Experten der deutschen und internationalen Sicherheitspolitik. Es wird ausschließlich die Position des jeweiligen Autors/der Autorin vertreten, die nicht zwangsläufig der Position der GSP entsprechen muss.

Mützenich. Nach Veröffentlichung des *Nuclear Posture Review* der Trump-Administration im Februar 2018 wurde in der Fachliteratur überwiegend auf die Kontinuität zu früheren Administrationen hingewiesen, wenngleich es kleinere Anpassungen gab, die kontrovers blieben. Eines bleibt aber unverändert: die USA betrachten den Einsatz von Kernwaffen nur unter extremsten Situationen als angebracht, und zwar dann, wenn es um das Überleben der USA oder ihrer Verbündeten geht. Dies ist auch noch mal in einem Papier des *Department of State* vom April dieses Jahres bestätigt worden. Kernwaffen sind keine normalen Waffen, ihr Einsatz erfordert außerordentliche Umstände. Auch die Modernisierungspläne der amerikanischen Streitkräfte im Bereich der strategischen Nuklearwaffen – die zur Zeit der Obama-Administration aufgelegt worden sind, nachdem es dreißig Jahre lang keine Modernisierung gegeben hatte – sind von der Trump-Administration von wenigen Ausnahmen abgesehen beibehalten worden. Sie sehen keine grundsätzlich neuen nuklearen Optionen vor.

Was könnte Rolf Mützenich dazu veranlasst haben, von einer „einschneidenden Veränderung der amerikanischen Nuklearstrategie“ zu sprechen? Vermutlich wird er damit die Kritik gemeint haben, die amerikanische Rüstungsexperten an der Reaktion der Trump-Administration auf den Bruch des INF-Vertrags durch Russland geäußert haben. Die Trump-Administration hat beschlossen, auf strategischen U-Booten, die mit ballistischen Raketen großer Reichweite ausgerüstet sind (*Sea-launched ballistic missiles – SLBM*), die Möglichkeit zu schaffen, einzelne Raketen mit Sprengköpfen abzufeuern, die eine reduzierte Sprengkraft (*low yield warheads*) und eine verringerte Reichweite haben. Zudem ist angekündigt worden, seegestützte Marschflugkörper auch mit nuklearen Sprengköpfen auszurüsten. Die Umrüstung einiger SLBMs auf niedrige Sprengkraft ist bereits im März dieses Jahres erfolgt, die Einführung eines nuklearfähigen seegestützten

Marschflugkörpers (*vermutlich einer nuklearen Version des Tomahawk Flugkörpers*) wird noch einige Zeit dauern. Außerdem ist seit Jahren eine bescheidene Modernisierung der Nuklearbomben des Typs B-61 vorgesehen, die von Flugzeugen abgeworfen werden können, darunter auch von Flugzeugen aus Deutschland, Italien, den Niederlanden oder Belgien.

Hauptkritikpunkt ist dabei, dass diese Waffen eher zum Einsatz taugen als die großkalibrigen strategischen Nuklearwaffen und daher einen Kernwaffenkrieg wahrscheinlicher werden lassen. Dieses Argument ist abstrakt gesehen nicht falsch, und tatsächlich gibt es einen gewissen globalen Trend in Richtung einer stärkeren Führbarkeit von begrenzten Nuklearkriegen, der kritisch zu sehen ist. Aber, wer wie Mützenich, ausschließlich die USA dafür verantwortlich macht, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dass er gerade die Hauptverantwortlichen für diese Entwicklung ausspart – und das sind Russland und zudem die VR China.

Schauplatzgebundene Nuklearwaffen

Es geht hier um substrategische (*non-strategic*) oder besser: schauplatzgebundene Kernwaffen (*theater nuclear forces – TNF*), die früher auch als taktische Kernwaffen bezeichnet worden sind und zu denen auch Mittelstreckenwaffen (*intermediate nuclear forces – INF*) zu zählen sind. Sowohl die USA als auch die Sowjetunion hatten während des Ost-West-Konflikts große Mengen (insgesamt zwischen 20.000 und 25.000) dieser Waffen hergestellt und in die Teilstreitkräfte integriert. Was den europäischen Schauplatz betraf, hatte die NATO ab 1967 auf Drängen der USA die Rolle der TNF in der NATO-Strategie deutlich zurückgenommen, weil ihr womöglich früher Einsatz auf dem Gefechtsfeld dazu geführt hätte, dass das zerstört worden wäre, was man verteidigen wollte. Ihr Einsatz war nur für den Fall vorgesehen, dass der Warschauer Pakt sie zuerst

verwenden würde und sollte von einem derartigen Einsatz abschrecken. Einige wenige waren auch als Instrument der vorbedachten nuklearen Eskalation vorgesehen, mit der die NATO im Augenblick einer absehbaren Niederlage den Warschauer Pakt zur Aufgabe zwingen wollte. Hierzu sollten vor allem die Raketen und Marschflugkörper mittlerer Reichweite dienen.

Der Warschauer Pakt verfolgte bis Mitte der 1980er Jahre eine auf Offensive ausgerichtete Militärstrategie für den europäischen Kriegsschauplatz, in dem der Einsatz taktischer Kernwaffen von Beginn an vorgesehen war. Erst Mitte der 1980er Jahre sahen selbst sowjetische Militärs keinen Sinn mehr in einer derartigen Strategie. Von daher war es kein Wunder, dass nach dem Ende des Ost-West-Konflikts nicht nur die Mittelstreckenwaffen infolge des INF-Vertrages abgezogen und zerstört wurden. Auch die TNF verschwanden weitgehend aus den Arsenalen der USA und Russlands – im Übrigen ohne Verhandlungen, sondern infolge einer einseitigen Maßnahme der USA. Diese entfernten ab 1991 weitgehend alle nicht-strategischen Waffen aus den Arsenalen der Marine, der Landstreitkräfte und der Luftstreitkräfte und zerstörten diese. Beobachter gingen davon aus, dass dabei etwa 9.000 Kernwaffen demontiert wurden, in der Umsetzung des INF-Vertrages hatten die USA 846 Kernwaffen abgebaut. Übrig blieben etwa 220 Nuklearbomben des Typs B-61, die nur begrenzte Optionen erlaubten, da es sich um frei fallende Bomben handelte, die von Flugzeugen abgeworfen werden. Von ihnen sind heute noch etwa 150 auf US-Standorten in Deutschland, Italien, Belgien, den Niederlanden und der Türkei vorhanden, sie bilden den Kern der nuklearen Teilhabe der jeweiligen Stationierungsländer.

Russland hat zum gleichen Zeitpunkt einen ähnlich großen Schritt gemacht und zwischen 9.000 und 13.000 Nuklearwaffen außer Dienst gestellt und dann zum Großteil zerstört (exakte

Zahlen sind nicht bekannt). Hinzu kamen 1.846 Mittelstreckenwaffen und die damit verbundenen Sprengköpfe. Anders als die USA, behielt Russland aber einen deutlichen größeren Bestand an TNF und INF bei (heute etwa 2.000) und erhielt sich mehrere nukleare Optionen, auf denen die USA verzichtet hatten: Die Bekämpfung von Seezielen oder Landzielen durch nuklear bewaffnete Marschflugkörper (RK-55), die von U-Booten gestartet werden konnten, die Bekämpfung von Land- und Seezielen durch luftgestützte Marschflugkörper des Typs Kh-55 und Kh-55 SM und durch die Beibehaltung von nuklearfähigen Sprengköpfen für Kurzstreckenraketen, die nicht unter den 1987 geschlossenen INF Vertrag fielen.

Diese Asymmetrie blieb ohne Relevanz solange Russland keine Nachbarstaaten militärisch bedrohte und keine Invasionsfähigkeit besaß und war daher auch kein strittiges Thema zwischen Washington und Moskau. Im Gegenteil, die USA und Russland arbeiteten zusammen bei der Entsorgung oder Weiterverwendung des radioaktiven Materials der ausgemusterten Kernwaffen. Erst seit dem Beginn einer russischen Außenpolitik, die bewusst auf Gegnerschaft zum Westen setzt (etwa seit 2007) und im Rahmen der gründlichen Modernisierung der russischen Streitkräfte (seit 2008), hat sich – um die Diktion von Rolf Mützenich zu gebrauchen – eine „einschneidende Veränderung“ ergeben. Russland bereitet sich – so nach übereinstimmender Erkenntnis einer zunehmenden Zahl von Strategieexperten – auf regionale Kriege in seiner Nachbarschaft vor. Dies betrifft primär den Ostseeraum (baltische Staaten, Finnland, Schweden, Polen) sowie den Schwarzmeerraum (Ukraine, Moldowa).

Russlands Militärdoktrin von 2014

Regionale Kriege nehmen in der russischen Militärdoktrin vom Dezember 2014 einen zentralen Stellenwert ein. Es sind Kriege an der Peripherie Russlands die unter allen Umständen

gewonnen werden müssen, auch unter Einsatz von Kernwaffen oder deren Androhung. Im russischen militärstrategischen Denken sind Kernwaffen ein Instrument zur Schaffung von Eskalationsdominanz in regionalen Kriegen – alleinsten Kriege, bei denen davon ausgegangen werden muss, dass sie nur von Russland begonnen werden. Das bedeutet: die von Vielen beklagte Verschiebung hin zu Kernwaffen, die als Instrumente der Kriegsführung gedacht sind, ging von Russland aus, nicht von den USA. Die amerikanischen Reaktionen darauf muss man als mäßig und zurückhaltend qualifizieren, auch wenn man sie im Detail kritisieren kann.

Eskalationsdominanz?

Um diese Zusammenhänge zu verstehen, sollte man sich die Bedeutung von Eskalationsdominanz vor Augen führen. Eskalationsdominanz ist die Fähigkeit einer Seite in einem Krieg diesen zu seinen Gunsten zu beenden. Für einen Staat, der mit militärischen Mitteln den territorialen Status quo verändern und andere Länder militärisch besetzen will, bedeutet Eskalationsdominanz die Fähigkeit besetzte Länder von Verteidigungsanstrengungen abzuhalten und deren Verbündeten (auch unter der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen) zu signalisieren, dass sie nicht zur Verteidigung der besetzten Staaten einschreiten sollen. Für ein Bündnis wie die NATO, die den territorialen Status quo behalten will, bedeutet Eskalationsdominanz der jeweiligen angreifenden Seite zu verstehen zu geben, dass diese ihre Kriegsziele nicht erreichen können: zum einen, indem man dazu beiträgt eine Verteidigung zu organisieren, die die angestrebte Eroberung so weit wie möglich erschwert, zum zweiten indem man durch defensive Maßnahmen die Effektivität der Instrumente der anderen Seite zur Eskalationsdominanz abschwächt oder unwirksam macht, und, zum dritten, indem man vom Einsatz von Kernwaffen dadurch abschreckt, dass sich der Gegner nicht ausrechnen kann, dass er regional begrenzt Kernwaffen einsetzen

kann, ohne selber von einer nuklearen Vergeltung verschont zu bleiben.

Dass Russland in diesen Kategorien denkt, wurde vor allem im Rahmen der Militärübungen *Zapad 2013* und *Zapad 2017* deutlich. In ihnen hat Russland gemeinsam mit Weißrussland die Eroberung der baltischen Staaten durch hybride und konventionelle Operationen geprobt und auch die Abwehr eines westlichen Rückeroberungsversuches (bei *Zapad 2013* einschließlich des simulierten Einsatzes von Kernwaffen). Seit 2014 haben russische Truppen mindestens zwei Mal den Aufmarsch von Invasionstruppen zur vollständigen Eroberung der Ukraine geübt. Seit 2011 werden in Russland Mittelstreckensysteme eingeführt, die geeignet sind, Russland die Eskalationsdominanz für einen europäischen Kriegsschauplatz zu verschaffen. Das sind vor allem präzise Marschflugkörper und ballistische Raketen.

Diese Waffensysteme sind konventionell und nuklear bestückt und erlauben Russlands Militär unterschiedliche Formen der Eskalation. Ziel wäre es, im Falle eines von Russland begonnenen Krieges im Ostseeraum die vermutlich rasch erfolgende Besetzung der baltischen Staaten dadurch zu verstetigen, dass der NATO-Aufmarsch entweder zur Verstärkung der betroffenen Verbündeten für deren Verteidigung oder zur Rückeroberung nach deren Besetzung schon in der Tiefe des NATO-Raums bekämpft wird. Dies würde konkret bedeuten: präzise Angriffe mit konventionellen Sprengstoffen auf Militärstützpunkte, Häfen, Infrastruktur und sonstige Ziele, und zwar in Deutschland, Polen, den Niederlanden und Belgien. Oder Russland droht den NATO Staaten eine nukleare Vergeltung an, sollten diese ernsthaft die Befreiung der baltischen Staaten ins Auge fassen.

Russische Fähigkeiten

Bei diesen Waffensystemen handelt es sich um den 2011 eingeführten Marschflugkörper

3M14 T/S *Kalibr*, der mittlerweile auf vielen russischen Kriegsschiffen in der Ostsee und im Nordatlantik zu finden ist und der es Russland erlaubt, Ziele in einer Entfernung von bis zu 2.600 km präzise mit konventionellen oder nuklearen Sprengköpfen anzugreifen. Seit spätestens 2017 werden auch U-Boote der *Jasen*- und der *Akula*-Klasse mit Marschflugkörpern vom Typ 3M 14 PL *Kalibr* ausgerüstet, die ebenfalls nukleare und nicht-nukleare Präzisionsangriffe gegen Ziele in Europa zulassen. Seit 2013 hat die russische Luftwaffe luftgestützte Marschflugkörper mit Reichweiten von bis zu 2.500 km eingeführt, die für konventionelle (*Kh101*) und für nukleare (*Kh102*) Aufgaben vorgesehen sind und präzise Schläge gegen Ziele in ganz Europa erlauben.

Im Jahr 2017 hat Russland zudem eine landgestützte Version des Flugkörpers *Kalibr* (9M 729) eingeführt mit einer Reichweite von bis zu 2.500 km. Mittlerweile gibt es mindestens 4 Bataillone mit insgesamt 64 Wernern. Die Einführung dieses Waffensystems war ein klarer und bewusst einkalkulierter Verstoß gegen den INF Vertrag und führte zur Aufkündigung dieses Vertrags durch die US-Regierung. Derzeit führt Russland zudem einen luftgestützten hyper-schnellen Marschflugkörper ein (*Kinzhal*).

Hinzu kommt die Einführung der ballistischen Kurzstreckenraketen *Iskander M* (9K723), die eine Reichweite von knapp unter 500 km haben, aber nuklear und konventionell bestückt werden, und vom Oblast Kaliningrad aus Berlin und Warschau binnen weniger Minuten erreichen können. Des Weiteren lässt sich seit einigen Jahren eine erhebliche Vergrößerung der Lagerkapazitäten für russische Kernwaffen auf der Halbinsel Kola sowie im Bezirk Kaliningrad beobachten.

Insgesamt gesehen entsteht ein beeindruckendes und bedrohliches Arsenal von präzisen Waffen, die in die strategische Tiefe der NATO in Europa hineinwirken können und den Willen Russlands erkennen lassen, sich eine

Eskalationsdominanz für einen regionalen Krieg in Europa zu verschaffen. Eine entsprechende Abwehrkapazität der NATO im Sinne eines erweiterten Luftabwehrsystems (welches auch Raketen abwehren kann) ist derzeit kaum vorhanden. Eine Ursache dafür ist, dass das vor nahezu 20 Jahren initiierte und weit gediehene erweiterte Luftabwehrsystem MEADS aufgrund einer Vielzahl von komplexen Ursachen nicht beschafft worden ist und dass das Nachfolgeprojekt TLVS noch lange auf sich warten lässt. Für die Verzögerung waren in der deutschen Debatte auch Stimmen verantwortlich, die, wie weiland Rolf Mützenich, dieses Raketenabwehrsystem als angeblich „destabilisierend“ abgelehnt hatten.

Die Frage bleibt, warum Mützenich die russische Bedrohung nicht erwähnt, stattdessen aber die im Grunde sehr zurückhaltende Reaktion der USA auf die russische Rüstung im Mittelstreckenbereich als das eigentliche Problem darstellt? Er behauptet zwar in seinem Beitrag für das IPG-Journal, er mache sich „keine Illusion“ über die russische Rüstung, aber alles könne man mit Rüstungskontrolle regeln. Man gewinnt aus diesen Äußerungen den Eindruck, dass er keine näheren Kenntnisse von den russischen Planungen hat und auch nicht davon, dass Rüstungskontrollverhandlungen mit Russland allen bisherigen Erfahrungen zufolge nur dann von Erfolg gekrönt waren, wenn sie in eine Zeit fielen, in der die russische bzw. sowjetische Führung den Ausgleich mit dem Westen suchte. Davon ist unter Putin nichts zu spüren. Er nutzt derzeit sogar die Corona-Krise aus, um durch seine Internet-Trolle Fehlinformationen und Verschwörungstheorien zu verbreiten, die Zwietracht in westlichen Demokratien sähen sollen.

Wie will man zudem mit jemanden ernsthaft Rüstungskontrollverhandlungen führen, der Rüstungskontrollverträge bricht und zudem immer noch behauptet in der Ostukraine stünden keine russischen Soldaten und Russland

habe mit der Besetzung der Donbass Region nichts zu tun?

Nukleare Teilhabe

Die zweite Behauptung Mützenichs, die genauer untersucht werden sollte, ist die, wonach die nukleare Teilhabe ohnehin militärisch keinen Sinn mache. Sie sei ein Relikt des Kalten Krieges und es sei zudem erwiesen, dass die deutsche Bundesregierung auf die Nuklearstrategie der USA keinen Einfluss nehmen könne. Das Argument der militärischen Nutzlosigkeit wird allerdings von ihm selber in Frage gestellt, denn er behauptet, die Trump Regierung wolle die in Deutschland lagernden Atomwaffen durch modernisierte, zielgenauere atomare Lenkwaffen ersetzen. Offensichtlich scheinen diese Waffen doch relevant zu sein, sonst gäbe es keinen Grund sich darüber aufzuregen.

Das Argument der geringen Relevanz der B-61 Bomben ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Derzeit handelt es sich um frei fallende Bomben, die von Flugzeugen mehr oder weniger direkt über dem Ziel ausgebracht werden müssen. Unter Bedingungen einer effektiven russischen Flugabwehr sind diese Waffen nur glaubwürdig, wenn sie mit Kampfflugzeugen verbracht werden könnten, die die russische Flugabwehr überwinden und/oder ausschalten können. Von daher hat der amerikanische Experte Matthew Kroenig vor einigen Jahren vorgeschlagen, die entsprechenden Flugzeuge mit Abstandswaffen auszurüsten. Das wären Marschflugkörper, die allerdings noch zu entwickeln sind (z.B. eine nukleare Variante der AGM-84H/K SLAM-ER).

Die Trump-Administration hat derartige Vorschläge bislang nicht aufgenommen und setzt das schon von der Obama-Administration begonnene Programm zur Modernisierung der B-61 Sprengköpfe fort. Diese soll 2024 abgeschlossen sein. Die modernisierten B-61 Bomben bleiben von der Sprengkraft her variabel, werden aber mit Mechanismen ausgestattet

sein, die eine höhere Treffgenauigkeit erlauben. Abstandswaffen werden es aber nicht sein. Zusammen mit den *low-yield* Sprengköpfen auf strategischen U-Booten (und später den seegestützten nuklearen Marschflugkörpern) bilden sie aber zumindest ein ernst zu nehmendes Potential der Abschreckung gegen die russische Eskalationsstrategie. Und die modernen Kampfflugzeuge, die Nuklearwaffen tragen sollen, sind heute in der Lage, russische Luftabwehrsysteme überwinden oder durch entsprechende Täuschungsmaßnahmen saturieren zu können. Vor allem bieten die Flugzeuge die Chance der gemeinsamen nuklearen Abschreckung der NATO-Staaten und durchkreuzen dadurch das russische Kalkül, nicht-strategische Atomwaffen gegen Ziele in Europa einzusetzen, ohne nukleare Schläge auf das eigene Territorium befürchten zu müssen.

Zentrale Elemente der Nuklearstrategie

Von der nuklearen Teilhabe hat Mützenich offensichtlich keine vertieften Kenntnisse. Er definiert sie als die Fähigkeit auf die allgemeine Nuklearstrategie oder die politische Strategie der USA Einfluss zu nehmen. Das zentrale Element der nuklearen Teilhabe innerhalb der NATO ist sehr viel bescheidener angelegt und besteht darin, dass die daran beteiligten Nationen infolge ihrer unmittelbaren Einbindung in den Prozess der konkreten, auf einen Krieg in Europa bezogenen Planungen und der dazu gehörenden Übungen zur Abschreckung beitragen.

Diese richtet sich gegen die russischen Bemühungen, Kernwaffen zu einem zentralen Element ihrer regionalen Kriegführung zu machen. Wenn es darum geht, zu verhindern, dass mit Kernwaffen Kriege geführt werden, dann ist dies genau das Ziel der entsprechenden Bemühungen der NATO und der USA und liegt eigentlich im Sinne der Ziele von Herrn Mützenich. Dieser versteift sich stattdessen auf unhaltbare

Behauptungen über den angeblich grundlegenden Wandel der amerikanischen Nuklearstrategie und den allgemeinen Hinweis auf die Notwendigkeit von Rüstungskontrolle. Diese ist jedoch völlig wertlos angesichts einer gegnerischen Seite, die zu solchen Verhandlungen nicht bereit ist und die in der Vergangenheit gezeigt hat, dass sie keine Hemmungen hat bestehende Vertragsverpflichtungen zu verletzen.

Europäische Selbstbehauptung?

Mützenich fordert eine breite öffentliche Debatte über Sinn und Unsinn nuklearer Abschreckung und – wie soll es anders sein – „zur europäischen Fähigkeit zur Selbstbehauptung.“ Daran ist im Prinzip nichts auszusetzen. Seine Ausführungen lassen aber erkennen, dass ihm wesentliche Tatsachen und Zusammenhänge nicht geläufig sind und er stattdessen mit Behauptungen aufwartet, die eine erschreckende Nähe zu Phrasen haben, die man von russischen Propagandasendern gewöhnt ist. So wie Mützenich diese Thematik angeht, wird daraus eine sehr emotionale Diskussion entstehen, bei der Sachargumente wenig zählen. Mützenich spielt mit der Angst vor Atomwaffen und vor Donald Trump. Damit werden Feindbilder aufgebaut oder verstärkt und Illusionen über angebliche Wundermittel wie Rüstungskontrolle

geweckt, die keiner einzuhalten in der Lage sein wird – auch nicht Außenminister Maas.

Viel wichtiger wäre es, eine derartige Debatte auf die Auseinandersetzung mit dem eigentlichen sicherheitspolitischen Problem zu fokussieren – und das ist die russische Politik der strategischen Gegnerschaft zum Westen. Und vor allem sind es die Vorbereitungen Moskaus für regionale Kriege in Europa und die Rolle, die nicht-strategische Kernwaffen dabei spielen. Dabei sollte vermieden werden, dass einzelne Waffensysteme im Vordergrund stehen.

Wichtiger ist eine Strategie, die an verschiedenen Stellen dafür Sorge trägt, dass Russland sich nicht ausrechnen kann, einen begrenzten Krieg in Europa zu gewinnen, indem es sich mit konventionell und nuklear bestückten Mittelstreckenwaffen eine Eskalationsdominanz sichert. Der Aufbau einer verlässlichen und erweiterten Luftabwehr in Mitteleuropa, die Verbesserung der Kapazitäten zur U-Boot-Bekämpfung und zur maritimen Aufklärung im Nordatlantik gehören dazu ebenso wie weitere Maßnahmen zur Sicherung der Verteidigungsfähigkeit der baltischen Staaten und Polens. Aber auch die Modernisierung der nuklearfähigen Flugzeuge der Bundeswehr im Rahmen der nuklearen Teilhabe bleibt wichtig.

Bisher erschienen:

GSP-Einblick 1/2020, März: „Dr. Hans-Peter Bartels im GSP-Interview“ von Prof. Dr. Johannes Varwick

GSP-Einblick 2/2020, April: „Afrika und die Corona-Krise“ von Prof. Dr. Robert Kappel

GSP-Einblick 3/2020, Mai: „Die Corona-Krise und die globale Ordnung“ von Dr. Ulrich Speck

GSP-Einblick 4/2020, Mai: „Die Corona-Virus-Krise als kritischer Wendepunkt für die Welt und die Ukraine“ von Pavlo Klimkin und Dr. Andreas Umland

GSP-Einblick 5/2020, Mai: „Die neue nukleare Frage – eine Antwort auf Rolf Mützenich“ von Prof. Dr. Joachim Krause



Hinweis: Unser Blog befasst sich intensiv mit den Konsequenzen der Corona-Krise für die Sicherheitspolitik: diskutieren Sie mit! [Hier geht es zum Blog.](#)

Die **GSP** ist die **älteste** und **größte sicherheitspolitische Vereinigung Deutschlands** und bundesweit sowie in vielen Schichten der Gesellschaft präsent. Mit über **6000 Mitgliedern** in sieben Landesbereichen und über **70 Sektionen** diskutieren und vermitteln wir **Sicherheitspolitik** deutschlandweit – **gehaltvoll, sachkundig, parteiunabhängig, ideologiefrei, bunt** und mit **Herzblut**.

Präsident der GSP und presserechtlich verantwortlich ist Prof. Dr. Johannes Varwick; Redaktion: Fabian Schlüter B.A.

GSP-Einblick* ISSN 2701-4088

Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V.

Geschäftsstelle Bonn
Wenzelgasse 42
53111 Bonn
T +49 (0)228 652556
geschaeftsstelle@gsp-sipo.de

Berliner Büro
Reichstagufer 14
10117 Berlin
praesidenten-buero@gsp-sipo.de

Abonnieren Sie auch unseren Newsletter
und unsere Social-Media-Kanäle!

 www.gsp-sipo.de/wir-ueber-uns/newsletter
 www.gsp-sipo.de
 www.twitter.com/gsp-sipo
 www.facebook.com/GSPSipo